

Ausgabe 39

5. Oktober 2023

# steuern + recht aktuell

Wichtige Änderungen in Recht und Gesetz

## Inhalt

### Neues aus der Gesetzgebung & Finanzverwaltung

BMF zur Anwendung der Mitteilungsverordnung ab 1. Januar 2025

### Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 5. Oktober 2023

Weitere Veröffentlichungen vom Tage

Passive Rechnungsabgrenzung für erhaltene Zahlungen bei zeitraumbezogenen Leistungen

Mitunternehmerschaft und Gewerbesteuerpflicht für eine juristische Sekunde

### Business Meldungen

Neue Förderrichtlinie des Bundes zur Stärkung der Batterie-Wertschöpfungskette

### Terminplaner

Aktuelles zur Umsatzsteuer – Spotlight: Umsatz- und Lohnsteuer

### Noch Fragen?

# Neues aus Gesetzgebung & Finanzverwaltung

## BMF zur Anwendung der Mitteilungsverordnung ab 1. Januar 2025

*Mit Wirkung ab dem 1. Januar 2025 treten zahlreiche wichtige Änderungen der Mitteilungsverordnung (MV) in Kraft. Danach werden sämtliche Mitteilungen nach der MV in elektronischer Form an die Finanzbehörden zu übermitteln sein. Außerdem werden die Organe der Rechtspflege zweifelsfrei in den Kreis der mitteilungspflichtigen Stellen aufgenommen. Hinzu kommt, dass Gerichte und Staatsanwaltschaften künftig Zahlungen an Berufsbetreuer, Sachverständige, Dolmetscher und Übersetzer übermitteln müssen.*

Die MV, die ihre Ermächtigungsgrundlage in § 93a Abgabenordnung (AO) hat, regelt die Übermittlung von Mitteilungen von Behörden und anderen öffentlichen Stellen einschließlich den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten an die Finanzbehörden ohne Ersuchen. Sie enthält genaue Anweisungen für die mitteilungspflichtigen Stellen, was zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang sowie in welcher Form der Finanzverwaltung mitzuteilen ist. Damit geht sie über § 93 AO hinaus, wonach - abgesehen von Sammelauskunftersuchen nach § 93 Absatz 1a AO - Mitteilungen im konkreten Einzelfall nur auf Anfrage (Auskunftersuchen) zu erteilen sind.

Im Einzelnen nimmt die Finanzverwaltung nach der Erörterung mit den obersten Finanzbehörden der Länder zu folgenden Aspekten Stellung:

Zweck der Verordnung

Mitteilungsverpflichtete (§ 1 MV)

Ausnahmen von der Mitteilungspflicht

Mitteilungen nach §§ 2 bis 6 MV

Verfahren bei Mitteilungen nach §§ 2, 3, 4, 4a, 5 und 6 MV

Elektronische Mitteilungen des Bundesamts für Justiz nach § 4a MV

Elektronische Mitteilungen über Billigkeitsleistungen zur temporären Kostendämpfung des Erdgas- und Strompreisanstiegs

Elektronische Mitteilungen über öffentliche Hilfsleistungen aus Anlass der Starkregen- und Hochwasserkatastrophe im Juli 2021

## Fundstelle

BMF-Schreiben vom 26. September 2023 ([IV D 1 - S 0229/22/10002 :003](#)).

# Aktuelle Rechtsprechung

BFH-Entscheidungen, veröffentlicht am 5. Oktober 2023

**Urteil X R 14/21:  
Zuständigkeit für die  
Auflösung einer  
Rücklage nach § 6b des  
Einkommensteuergeset-  
zes (EStG) nach  
Ausscheiden eines  
Mitunternehmers**

12. Juli 2023

Das Betriebs-Finanzamt der Mitunternehmerschaft hat über die Einstellung des Veräußerungsgewinns in eine sonderbilanzielle Rücklage nach § 6b EStG zu entscheiden, auch wenn ein Mitunternehmer seinen gesamten Mitunternehmeranteil veräußert hat. Über die später wegen des Ablaufs der Reinvestitionsfrist erforderliche Auflösung einer solchen Rücklage ist nicht im Gewinnfeststellungsverfahren der Mitunternehmerschaft, sondern im Einkommensterverfahren des früheren Mitunternehmers zu entscheiden.

[Zum Urteil](#)

**Urteil II R 2/21:  
Rückgängigmachung  
eines  
Erwerbsvorgangs**

21. Juni 2023

§ 16 Abs. 5 des Grunderwerbsteuergesetzes (GrEStG) steht einer Aufhebung der Grunderwerbsteuer nach § 16 Abs. 2 GrEStG nicht entgegen, wenn der Notar den Erwerbsvorgang zwar nicht innerhalb der für ihn geltenden Frist des § 18 GrEStG anzeigt, seine Anzeige bei dem zuständigen Finanzamt aber noch innerhalb der für den Steuerschuldner geltenden Frist des § 19 GrEStG eingeht.

[Zum Urteil](#)

**Urteil II R 35/21:  
Bindungswirkung von  
Wertfeststellungs-  
bescheiden bei  
Zusammenrechnung  
mehrerer Erwerbe**

26. Juli 2023

Ein gesondert festgestellter Grundbesitzwert entfaltet Bindungswirkung für alle Schenkungsteuerbescheide, bei denen er in die steuerliche Bemessungsgrundlage einfließt. Das gilt auch für die Berücksichtigung eines früheren Erwerbs nach § 14 Abs. 1 Satz 1 des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetzes.

[Zum Urteil](#)



## Weitere Veröffentlichungen vom Tage:

**Urteil VI R 17/21: Abzug von Aufwendungen einer Ruhestandsbeamtin im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Gewerkschaftstätigkeit als Werbungskosten**

28. Juni 2023

[Zum Urteil](#)

**Urteil X R 17/22: Anwendung des Abzugsverbots des § 10 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes bei Bediensteten zwischenstaatlicher Einrichtungen mit Wohnsitz und Beschäftigungsort im Inland**

11. Juli 2023

[Zum Urteil](#)

**Urteil VI R 29/21: Keine außergewöhnlichen Belastungen bei Aufwendungen im Zusammenhang mit einer Ersatzmutterschaft**

10. August 2023

[Zum Urteil](#)

## Rechtsprechung im Blog

**Passive Rechnungsabgrenzung für erhaltene Zahlungen bei zeitraumbezogenen Leistungen**

*Eine Passivierung erhaltener Zahlungen für eine noch ausstehende zeitraumbezogene Leistung ist nicht als erhaltene Anzahlung, sondern nur unter den Voraussetzungen der passiven Rechnungsabgrenzung möglich. Der Bundesfinanzhof weist darauf hin, dass eine Schätzung der "bestimmten Zeit" als Tatbestandsvoraussetzung für eine passive Rechnungsabgrenzung erhaltener Einnahmen zulässig ist, wenn sie auf "allgemeingültigen Maßstäben" beruht, nicht jedoch, wenn diese auf einer Gestaltungsentscheidung des Steuerpflichtigen beruhen, die geändert werden könnte.*

### Sachverhalt

Die Klägerin schloss mit Projektgesellschaften mehrere Projektentwicklungs- und durchführungsverträge für größere Bauvorhaben. Zum vereinbarten Leistungsumfang gehörten u.a. die Vermarktung der Projekte durch Vermietung und/oder Verkauf sowie die Beseitigung von Mängeln, die bis zum Ablauf der Gewährleistungszeit festgestellt wurden. Die Verträge sollten nach vollständiger Erledigung der geschuldeten Leistungen enden.

Die Klägerin erhielt als Gegenleistung Honorare, die verteilt über die voraussichtlichen Projektlaufzeiten in regelmäßigen Raten gezahlt wurden. Für einen Teil der vereinnahmten Honorare bildete sie passive Rechnungsabgrenzungsposten. (RAP). Das Finanzamt beanstandete den gebildeten passiven RAP. Es fehle der erforderliche zeitliche und sachliche Zusammenhang zwischen den in den Projektverträgen zugrunde gelegten Zahlungsplänen und den durch die Klägerin zu erbringenden Leistungen. Die Leistungsermittlungen beruhten nur auf Schätzungen der Klägerin, deren



Grundlagen nicht bekannt seien. Das Finanzgericht wies die Klage als unbegründet ab (siehe hierzu: [Blogbeitrag vom 14. Juli 2021](#)).

### Entscheidung des BFH

Der BFH wies Revision der Klägerin als unbegründet zurück. Das Finanzgericht hat zu Recht entschieden, dass die Voraussetzungen für die Bildung eines passiven RAP **auf Grundlage der zugrunde liegenden Vertragsverhältnisse** nicht vorliegen und die begehrte Gewinnminderung auch nicht durch **Passivierung** der Honorarzahlungen **als erhaltene Anzahlungen** erreicht werden kann.

Die zeitliche Zuordnung der erhaltenen Zahlungen durch die Klägerin genügt nicht den Anforderungen an die Bildung eines passiven RAP, da es sich um nicht hinreichend kontrollierbare Schätzungen der Klägerin handelt. **Die Verträge** für die Projekte sehen zwar einen zeitlich genau bestimmten Vertragsbeginn vor, nicht aber ein zeitlich genau bestimmtes Ende. Ferner enthalten die Verträge keine Festlegung zu Phasen und Prozentsätze des Wertes der zu erbringenden Leistungen. Auch ergibt sich aus den Verträgen nicht, in welchen Zeitabschnitten die von der Klägerin übernommenen Leistungen zu erbringen sind, noch, welche Vergütungsanteile darauf entfallen.

**Eine Passivierung der erhaltenen Zahlungen** kommt ferner nicht **als Anzahlung**, sondern nur als passiver RAP in Betracht. Ohne konkrete Daten zu dem gesamten Erfüllungsaufwand der betroffenen Objekte und dem davon am Bilanzstichtag noch ausstehenden Anteil kann die Höhe des Erfüllungsrückstands und damit die Höhe der Rückstellung nicht bestimmt werden.

Der Einwand der Klägerin, die Begrenzung der Rückstellung verstoße gegen allgemeine Denkgesetze und Erfahrungssätze, da sie eine Gewinnmarge des Betriebs der Klägerin von rund 50 % unterstelle, ist für den BFH nicht zielführend. Gegenstand der Rückstellung für eine Sachleistungsverpflichtung ist nicht der (gesamte) unternehmerische Aufwand für die Erzielung seines Ertrags, sodass der entstehende Saldo im Wesentlichen in dem Gewinn bestehen müsste. Die Rückstellung gibt vielmehr lediglich zum Bilanzstichtag den Stand der noch ausstehenden Realisierung von Eigenleistungen des Steuerpflichtigen zur Erfüllung seiner bereits entgoltenen vertraglichen Verpflichtungen wieder.

### Fundstelle

BFH, Urteil vom 26. Juli 2023 ([IV R 22/20](#)) – veröffentlicht am 28. September 2023.

### Mitunternehmerschaft und Gewerbesteuerpflicht für eine juristische Sekunde

*Nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs kann eine Mitunternehmerschaft auch für lediglich eine juristische Sekunde bestehen. In einem derartigen Fall kann sie auch für diese juristische Sekunde sachlich gewerbesteuerpflichtig sein.*

### Sachverhalt

Der Streitfall betraf folgende Fragen: Unterhält eine Personengesellschaft, die mit dem Ziel gegründet wurde, ein Wirtschaftsgut zu übernehmen und dieses durch Verkauf der Mitunternehmeranteile weiter zu übertragen, einen Gewerbebetrieb? Beteiligt sich die Gesellschaft bereits dadurch, dass sie das Wirtschaftsgut übernimmt und als Vehikel für dessen Veräußerung dient, am allgemeinen

wirtschaftlichen Verkehr? Der Fall betraf konkret die gewerbsteuerliche Erfassung eines Veräußerungsgewinns einer gewerblich geprägten KG.

Da die in dem Kreditportfolio enthaltenen Darlehen der X-AG nicht gekündigt beziehungsweise unkündbar waren, sollten die Kreditverhältnisse zusammen mit sämtlichen Rechten und Pflichten aus den bankmäßigen Geschäftsverbindungen mit den Kunden ohne deren Zustimmung durch Ausgliederung zur Aufnahme in eine GmbH & Co. KG übertragen werden und unmittelbar nach Wirksamwerden der Ausgliederung im Wege der Abtretung der Geschäftsanteile und Anwachsung auf einen Erwerber mit Bankerlaubnis ( Y-Ltd.) übergehen. Zu diesem Zweck gründete die X-AG im Dezember 2005 die X-KG. Danach wurde das Kreditportfolio der X-AG im Wege der Ausgliederung gegen Erhöhung der Kommanditeinlage der X-AG bei der X-KG übertragen. Als Stichtag für die Ausgliederung wurde der 01.11.2005, 00:00 Uhr vereinbart.

Das Finanzamt bejahte eine Gewerbesteuerpflicht und ging von einem Veräußerungsgewinn aus. Das Finanzgericht hatte der Klage in diesem Punkt stattgegeben.

### **Entscheidung des BFH**

Das Urteil des Finanzgerichts war aufzuheben, weil es bei seiner Entscheidung, ob die X-KG sachlich gewerbsteuerpflichtig gewesen ist, unzutreffende Rechtsgrundsätze zugrunde gelegt hat, indem es nicht maßgeblich auf die tatsächlich ausgeübte Tätigkeit der X-KG abgestellt hat, sondern im Wesentlichen auf die Absicht der an ihr beteiligten Gesellschafter. Der BFH hat demgegenüber den Beginn einer vermögensverwaltenden und damit werbenden Tätigkeit der KG bejaht, weil die KG die wirtschaftliche Verfügungsbefugnis über ein Kreditportfolio gehabt habe.

Wie dargelegt, kommt es für die Frage, ob eine Personengesellschaft eine originär gewerbliche Tätigkeit ausübt oder als gewerblich geprägte Personengesellschaft vermögensverwaltend tätig ist, maßgeblich auf die Tätigkeit der Personengesellschaft an. Hierzu kann als Indiz auf den im Gesellschaftsvertrag beschriebenen Gegenstand des Unternehmens zurückgegriffen werden; letztlich maßgeblich ist allerdings die tatsächlich ausgeübte Tätigkeit.

Entscheidend ist, so der BFH, ob sich aus den tatsächlichen Umständen (hier: dem Gesellschaftsvertrag der Personengesellschaft) ergibt, dass die an ihr beteiligten Gesellschafter die Möglichkeit hatten, Mitunternehmerinitiative auszuüben und Mitunternehmerrisiko zu tragen.

Ausgehend davon durfte das Finanzgericht zur Bestimmung des Unternehmensgegenstands der X-KG weder auf den zwischen der X-AG und der Y-Ltd. (Käufer) abgeschlossenen Rahmenvertrag, an dem die X-KG überhaupt nicht beteiligt war, noch auf die sich daraus ergebenden Absichten der an der X-KG beteiligten Gesellschafter abstellen. Die Absicht der X-AG als einziger Kommanditistin der X-KG und alleiniger Gesellschafterin der an der X-KG als Komplementärin beteiligten X-GmbH, diese Anteile an die Y-Ltd. zu veräußern und abzutreten, ist für die Frage, welche Tätigkeit die X-KG ausgeübt hat, ohne Bedeutung. Unternehmensgegenstand einer Personengesellschaft kann nicht die Veräußerung ihrer Anteile durch ihre Gesellschafter sein.

Die Sache war jedoch an das Finanzgericht zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung zurückzuverweisen, da noch Feststellungen zur Bestimmung der



Höhe des Veräußerungsgewinns und gegebenenfalls einer Regressforderung getroffen werden müssen.

### Fundstelle

BFH, Urteil vom 15. Juni 2023 ([IV R 30/19](#)) – veröffentlicht am 28. September 2023.

## Business Meldungen

Neue Förderrichtlinie des Bundes zur Stärkung der Batterie-Wertschöpfungskette

*Am 25. September 2023 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) die bereits lang erwartete Förderrichtlinie für die Bundesförderung „Resilienz und Nachhaltigkeit des Ökosystems der Batteriezellfertigung“ veröffentlicht.*

Den Beitrag finden Sie [hier](#).

## Terminplaner

Aktuelles zur Umsatzsteuer – Spotlight:  
Umsatz- und Lohnsteuer  
Webcast, 14.11.2023

ZUM SEMINAR

Wir freuen uns auf Sie!



Alle aktuellen Veranstaltungen finden Sie in der PwC Veranstaltungssuche.

VERANSTALTUNGSSUCHE

## Noch Fragen?

Dann sprechen Sie bitte Ihren PwC-Berater an oder senden Sie eine E-Mail.

E-MAIL SENDEN



Die Beiträge sind als Hinweise für unsere Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer für Sie tätigen Büros zurück. Teile dieser Veröffentlichung/Information dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch den Herausgeber nachgedruckt und vervielfältigt werden. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

## Redaktion

Gabriele Nimmrichter  
PricewaterhouseCoopers GmbH  
Friedrich-Ebert-Anlage 35-37  
60327 Frankfurt am Main  
Tel.: +49 171 7603269  
[gabriele.nimmrichter@pwc.com](mailto:gabriele.nimmrichter@pwc.com)

Gunnar Tetzlaff  
PricewaterhouseCoopers GmbH  
Fuhrberger Straße 5  
30625 Hannover  
Tel.: +49 171 5503930  
[gunnar.tetzlaff@pwc.com](mailto:gunnar.tetzlaff@pwc.com)

## Datenschutz

Die Datenverarbeitung für den Versand des Newsletters erfolgt aufgrund der Grundlage Ihrer Einwilligung. Sie können den Newsletter jederzeit mit Wirkung für die Zukunft abbestellen und Ihre Einwilligung damit widerrufen

© 2023 PwC. All rights reserved. PwC refers to the PwC network and/or one or more of its member firms, each of which is a separate entity.

Please see [www.pwc.com/structure](http://www.pwc.com/structure) for further details.